

Die „Volkswacht“  
erschließt täglich Nachmittag außer  
Sonntag und ist durch die  
Erschließung, Neue Graupenstr. 6/6,  
durch die Post und  
durch Adressatensendungen zu beziehen.  
Preis vierteljährlich 2.50,  
pro Woche 20 Pf.  
Postzeitungsliste Nr. 8170.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon  
Nr. 451.

Telephon  
Nr. 451.

Nr. 121.

Mittwoch, den 27. Mai 1903.

14. Jahrgang.

## Die freisinnige Volkspartei.



Wir wollen uns in aller Ruhe mit unseren nächsten Nachbarn auseinandersetzen, obwohl das Verhältnis zwischen beiden Parteien in diesem Wahlkampfe ein sehr unerquickliches geworden ist. Es war zu erwarten, daß die Wahlschlacht, die den Vorkämpfen folgte, heiß werden mußte und allgemein wurde auch die Befürchtung geäußert, daß der Zusammenprall zwischen Sozialdemokraten und Freisinnigen nach dem unerklärlichen Verhalten Eugen Richters ein ungemein heftiger sein würde. Wie die Dinge sich aber jetzt gestaltet haben, ist es Zeit, daß halt geblasen wird. Zu Beschimpfungen und persönlichen Anzuspinnungen sollte der Kampf nicht ausarten. Zumal zwischen Parteien, die bei den mannigfachen Gelegenheiten wieder aufeinander angewiesen sind, dürfen nicht alle Rücksichten fallen gelassen werden. Und wenn wir uns auch nicht der Hoffnung hingeben, daß die Drähle mit dem alten Tropfapf Eugen Richter wieder angeknüpft werden können, so giebt es doch hoffentlich in der Freisinnigen Partei noch andere Leute, die allgemeinen Gesichtspunkten mehr zugänglich sind als der Führer mit dem bedauerlich engen Gesichtskreis.

Jedenfalls sind die Gegensätze, die unseren Kampf gegen die Volkspartei bestimmen, sachlicher und nicht persönlicher Art.

Wir beklagen die Halbheit und Unzuverlässigkeit der freisinnigen Führer und Mannschaften. Sind das Folgen persönlicher Böswilligkeit oder haben solche Eigenschaften nicht ihre erkennbaren sachlichen Gründe? Zweifellos ist das letztere der Fall.

Die freisinnige Volkspartei rühmt sich im Gegensatz zu allen übrigen parlamentarischen Gruppen, keine Vertretung bestimmter Klassen, Interessenten, Konfessionen darzustellen. Sie will eine Partei sein, die das Volk ganz vertritt, alle Gesellschaftsklassen, alle Stände, alle Konfessionen. Sie rühmt sich noch des Idealismus, der sie über die kleinen Interessentenkämpfe erhebt.

Erklärt nicht diese prinzipielle Stellungnahme viele freisinnige Halbheiten? Wir sind gewohnt, hinter den einzelnen politischen Parteien bestimmte Interessengruppen zu suchen und zu finden. Die konservativen Parteien geben sich offen als Vertreter agrarischer, landwirtschaftlicher, richtiger der Großgrundbesitzer-Interessen, das Zentrum vertritt eine Kirche, die Antisemiten fangen den Kleinmeister und Kleinbauern in verschiedenen Gegenden für sich ein, in der freikonservativen und der national-liberalen Partei haben die großen Arbeitgeber, Gütenbesitzer und Fabrikanten ihre Vertretung gefunden, in der Freisinnigen Vereinigung die Handelsherren, in der Sozialdemokratie das gesamte werktätige Volk. Wer soll da der freisinnigen Volkspartei die Gruppen liefern? Kein geschlossener Stand ist mehr übrig, der in ihr seine Vertretung erblickt. Stützt sie sich hier auf kleine Geschäftsleute und die letzten Reste liberaler Handwerksmeister, so dort auf jüdische Ärzte, Rechtsanwälte und Fabrikbesitzer, so ist ihr an einem Ort gelungen, eine Anzahl Arbeiter bei der Fahne zu halten, so muß sie sich in anderen Gegenden mit auf das mittlere Bauerntum verlassen, wie in den meisten Kreisen Niederschlesiens. Die verschiedenartigen Elemente geben den Heerhaufen der Volkspartei ab. Gleichzeitig so viele Interessen zu vertreten, ist keine Kleinigkeit, zumal wenn die Streifen so auseinanderlaufen wie in den letzten Jahresabenden. In Massen schwenken die Arbeiter zur Sozialdemokratie ab, die Handwerksmeister ziehen ins jüdischer Lager, der Bauer wird von dem Bund der Landwirte ab-

gefangen und der Fabrikbesitzer fühlt sich bei seinen scharf-mäckerischen Klassengenossen wohler, — bleibt schließlich als letzte Säule der jüdische Mittelstand, dem sich vor der Hand keine andere Zuflucht bietet. Unter solchen Umständen ist es schwer, Prinzipienfestigkeit und Kaltblütigkeit zu bewahren.

In unserer, von Klasseninteressen zerrissenen Gesellschaft ist es einfach unmöglich, zu gleicher Zeit die Sache des Unternehmers und des Angestellten, des Bauern und des Knechtes, des Fabrikbesizers und des Arbeiters, des Armen und des Reichen zu vertreten. Wer es dennoch versucht, eilt überall an, befriedigt keinen und verjagt sich alle, wie oben bereits gezeigt.

Der Reichstag berät z. B. über eine Arbeitslosenversicherung und schon sieht die Volkspartei in der Klemme. Die Arbeiter in ihrem Lager verlangen den Schutz der freisinnigen Arbeitgebern ist der Spaß zu teuer. Die Volkspartei entschließt sich für den unpraktischen Mittelweg und befürwortet die freiwillige Selbstversicherung: die Arbeiter sind unbefriedigt.

Der Bundesrat erläßt Schutzvorschriften für Gastwirtsgehilfen und Bäckergehilfen, die Freisinnige Volkspartei billigt die so notwendigen Maßnahmen: die freisinnigen Bierwirte und Bäckermeister schelten.

Flugs erklärt sich Herr Richter gegen die unumgängliche Kontrolle über die Einhaltung der Schutzvorschriften und bezeichnet dieselbe als polizeiliche Belästigungen der ehrbaren Meister: da verlassen ihn die Kellner und Bäckereiarbeiter.

Gegen die Phosphorzündholzfabrikation muß aus Gesundheitsrücksichten ein Verbot erlassen werden, die Volkspartei kann sich den triftigen Gründen des Staatssekretärs nicht entziehen, sie stimmt dafür: die freisinnigen Zündholzfabrikanten rebellieren.

Um sie bei der Fahne zu halten, beantragt die Volkspartei Entschädigung an die bedürftigen Fabrikbesitzer, die aus dem mörderischen Betriebe bisher ihre Profite zogen: die ausgebeuteten Arbeiter finden das unbillig.

Was bleibt der Partei für alle Stände schließlich übrig? Sie beantragt auch für die Arbeiter Entschädigungssummen und gefährdet mit diesem Verlangen das ganze Arbeiterschutzgesetz.

Die Sozialdemokraten verlangen im Reichstag die radikale Wegschaffung der Gesindeordnung. Die Volkspartei pendelt zwischen Bauern- und Arbeiterinteressen haltlos hin und her. Sie stimmt erst mit den Bauern für die Aufrechterhaltung, dann mit den Arbeitern für die Beseitigung und befriedigt so beide Teile oder — keinen. Wohl gemerkt, nicht die Vorliebe für das Prügelrecht hat in diesem Fall das volksfeindliche Verhalten der Freisinnigen bestimmt — es stände schlimm um unser Recht, wenn die bürgerliche Linke in diesem Punkte nicht mit uns einer Meinung wäre — sondern die unglückselige Zwitterstellung der Partei.

Denken wir an das Kapitel der Konsumvereine. Dieselbe schwankende Haltung, dieselbe Unsicherheit und Unklarheit. Im Interesse der Konsumenten befürwortet die Volkspartei die ganze Bewegung, im Interesse des Zwischenhandels wirft Erüger die Arbeiterkonsumvereine aus dem Tempel. Es ist eben schwer, freisinnig zu sein und zu handeln.

Den klassischen Beweis für unsere Behauptungen erbringen die Stichwahlen.

In Volksversammlungen zerplückt der scharfsinnige liberale Reichstagskandidat das System der indirekten Steuer. Bei der Stichwahl giebt die Kerona, die ihm zugejubelt hat, ihre Stimme dem Brotervertreuer und in Breslau wählt sich der ganze volksparteiliche Haufen Anhänger der indirekten Schlachtsteuer ins Stadtparlament.

Im Parlament schlägt Eugen Richter mit Wucht auf den alles verschlingenden Militarismus los, im Lande wählen seine Mannen den militärbegeisterten Nationalliberalen, den Konservativen, den Antisemiten, je nachdem — nur nicht den Sozialdemokraten.

Ein paar freisinnige Arbeiter machen ja hierbei nicht mit, aber da es davon nicht mehr viel giebt, läuft die Mehrheit der liberalen Bürger längst ins reaktionäre Lager über.

Es erübrigen sich schließlich noch ein paar Worte über die Frage der Obstruktion. Sie wird immer wieder aus der Verjagung auftauchen. Erst erklärte Richter, daß er diesseits nicht mitmache, weil er das Mehrheitsprinzip nicht verletzen, den Parlamentarismus nicht gefährden wolle. Also aus prinzipiellen Gründen.

Wir halten ihm vor, daß er selbst bei den Eisenrollen 1876, bei der lex Heinze obstruiert hat, daß er sich dieser Obstruktion gerühmt hat und stolz und befriedigt einst schrieb: „Nur Verschleppung jeder Entscheidung konnte uns helfen. Niemals haben alle Künste der parlamentarischen Taktik so ausgiebig gespielt. Wir redeten mit der Uhr in der Hand, der Eine langsamer als der Andere.“

Wir stellten ihm ferner vor, daß das Mehrheitsprinzip nicht verletzt werden sollte, aber die Mehrheit des Volkes die Entscheidung haben mußte. Das hätte ein Demokrat befürworten müssen.

Herr Richter aber ließ nun die widerlegten prinzipiellen Gründe fallen und brachte taktische: Obstruktion sei ja ganz gut, aber nicht auf Monate hinaus. Er setzte sich damit in offenen Gegensatz zu seiner ersten Begründung im Parlament, er trieb ein Doppelspiel.

Wenn nur noch taktische Gründe ihn von uns trennten, dann war es vor allem ein Gebot der Taktik, mit dem Gros der Volksgegner zu kooperieren. Wenn wir uns aber überlegen, unter welchen Schwierigkeiten der Zolltarif trotz aller Gewaltstreiche wenige Tage vor Weihnachten unter Dach gebracht wurde, mit welchen Mühseligkeiten die Staatsberatung ohne Obstruktion bis Ostern zu Ende geführt wurde und daß schließlich beim Krankenversicherungsgesetz die Mehrheitsparteien vor der Sozialdemokratie kapitulieren mußten, weil sie kein beschlussfähiges Haus zusammenbrachten — dann kann man sich ein Bild vom Ausgange des Kampfes machen, wenn Abg. Richter der Mehrheit nicht die Entschuldigungen und die Begründungen für ihre Rechtsbrüche geliefert, sondern statt dessen eine geschlossene Linke hätte formieren helfen.

So ja! die Volkspartei herab auf den unglaublichen Standpunkt des Abg. Fischbeck, der im Reichstag ausrief:

**Lieber mit Kröcher als mit Barth!**

Lieber mit dem Junker, dem Wahlrechtsfeinde, dem Brotervertreuer, dem Schulfeinde, dem Unterdrücker des Landvolkes, als mit dem Volksgegner, dem Freisinnigen zahmter Richtung. Das ist nachgerade auch der jüdischen Volkspartei zu viel geworden und immer lauter wird das Grollen der „Frff. Ztg.“, der „Volkstz.“ und anderer unabhängigen Blätter gegen die freisinnige Taktik, die sich eben nur aus der Angst erklären läßt, die Richter vor den Wahlen und vor dem Verhalten der Rechtsparteien bei denselben empfindet.

Wohl ist es richtig, daß zu dem Verfall die persönlichen Eigenschaften des volksparteilichen Führers beitragen, die Hauptursache aber liegt in der Zusammensetzung und Konstellation seiner Partei und des Bürgertums überhaupt.

Verlangen wir von einer Partei nicht mehr als sie leisten kann!

Stellen wir den großen Massen die Halbheit und Unzuverlässigkeit der Volkspartei und deren Ursachen sachlich vor. Zeigen wir ihnen, daß diese Partei zielbewusste Volkspolitik dank ihrer Zusammensetzung nicht treiben kann. Machen wir dem Volke klar, daß es sich nach einer festen und zuverlässigeren Stütze umsehen muß, als sie die freisinnige Partei abgiebt und suchen wir so möglich viele Elemente auf unsere Seite zu ziehen.

Wer für Freiheit und Fortschritt, für Wahlrecht und Arbeiterschutz nachdrücklich wirken will, wer den Junker und Brotervertreuer, den Militarismus und den Kerikalismus energisch bekämpfen will, der kann heute nicht mehr dem Kandidaten des Freisinnus seine Stimme geben, der auf sozialdemokratisch wählt!



Landkassendirektor von Döttingen zu erwidern ist, da eine Beleidigung in einem verallgemeinernden Urteil besteht.

**Prosper Arenberg.** Die „Pann. Allg. Ztg.“ teilt mit, daß die bereits in allen Hauptpunkten vorbereitete Ueberführung des Prospekt Arenberg in die Maison de Santé zu Schneberg infolge ihrer Mitteilungen plötzlich umgestoßen sei. Prinz Arenberg bleibe in Hannover im Gerichtsgefängnis, bis die ganze Angelegenheit aufgeklärt sei.

### Ausland.

**Der Typhus-Decken-Scandal** in England wird immer unheimlicher. Jetzt hat sich herausgestellt, daß dieser unglückliche Handel mit Wissen der britischen Behörden in Südafrika getrieben worden ist.

Das Geheimnis des Verkaufs ist jetzt aufgeklärt. Tatsächlich war gar kein Geheimnis vorhanden, abgesehen von dem Schleiern des Geheimnisses, mit dem das Kriegsministerium in die ganze Angelegenheit zu verwickeln suchte, damit die Schuld der Behörde nicht ans Licht kommen sollte. Es steht jetzt zweifellos fest, daß die Decken in Südafrika in vollem Einverständnis mit den Militärbehörden verkauft wurden. Sofort nach Abschluß des Friedens wurden öffentlich große Verkäufe abgehalten. Unter dem zum Verkauf gelangenden Armeevermögen befanden sich Tausende dieser Decken. Man hat sie einfach zu Bündeln zusammengepackt, ohne auch nur den geringsten Versuch zu machen, sie zu desinfizieren. So wurden beispielsweise Decken, die von den Truppen im Lager und im Bimal verwendet worden waren, in dieselben Ballen gepackt mit Decken, die von Fieberkranken und Berwandeten in den Lagerten herhührten. Es ist nicht Schuld des Kriegeministeriums, wenn ein großer Teil der Bevölkerung dieses Landes vom der Krankheit verschont blieb, der sich das Ministerium als ein so getreuer Helfershelfer erweist.

Was wird Herr Brodick auf diese vernichtende Anklage im Parlament erwidern?

**Der erste Sozialkongress in Japan.** In Diata, dem industriellen Zentrum von Japan, waren am 5. und 6. April die ersten Sozialisten zu einem ersten Kongress zusammen. Man dachte dabei nicht an einen Kongress nach europäischem Muster. Erstens fehlt es in Japan an jeder Parteiorganisation der Sozialdemokraten; der erste in dieser Richtung unternommene Versuch vor zwei Jahren wurde von der Regierung unterdrückt, die Führer zu erheblichen Geldstrafen verurteilt. Um den Kongress zu Stande zu bringen, hatte man die Versammlungen als wissenschaftliche Diskussionen angemeldet. Der Zweck, auf diese Weise das sozialistische Programm möglichst weiten Kreisen bekannt zu geben, wurde damit erreicht. Zu den einzelnen Versammlungen fanden sich immer fünf- bis 600 Personen ein, die Presse konnte den Kongress auch nicht ignorieren; insbesondere hat die verbreitetste Tageszeitung Japans, der „Asata Masi“ hierzu beigetragen, indem er den sozialistischen Führer Abe anforderte, mehrere Artikel über den Sozialismus in seinen Spalten zu veröffentlichen. Die Tagesordnung des Kongresses war eine sehr reichhaltige; u. a. wurden Referate gehalten über die kommende neue Partei (von Katayama, dem bekannten Herausgeber des „Sozialist“); Geschichte der sozialistischen Ideen in Japan; Municipalsozialismus, Taktik und Agitation. Auch über die internationale sozialistische Bewegung wurde gesprochen und hierbei konnte, wie der Sozialist (der in jeder Nummer etliche Seiten in englischer Sprache veröffentlicht) mitteilt, auch ein europäischer und zwar ein österreichischer Genosse, Dr. G. Eckstein aus Wien, die japanischen Sozialisten begrüßen. Ihm wurden Grüße an die österreichische und deutsche Sozialdemokratie aufgetragen. Verschiedene Resolutionen, welche auf Agitation für die sozialistischen Ideen, Ausbreitung des Sozialismus in Japan und die Taktik der japanischen Sozialisten Bezug haben, wurden angenommen.

### Partei-Angelegenheiten.

**Au die Arbeiter aller Länder!** Durch die Presse habt ihr die Nachricht von den Massakern in Kischinew erhalten. Während zweier Tage hat man dort geirrt, gemordet, hat man die abschändlichsten Grausamkeiten begangen, ohne daß weder die Staatsgewalt, noch die Lokalbehörden, die stets bereit sind einzuschreiten, wenn es sich um Arbeiter- oder Studentenunruhen oder um die Konfiskation der alten Freiheiten des hiesigen Volkes handelt, irgend etwas getan haben, die Unglücklichen zu schützen, deren einziges Verbrechen es war, Juden zu sein.

Wer das Verbrechen der Regierung Nikolaus II. teilt, der wird in diesen traurigen Vergängen nicht als einen Abschlachtungsvorwurf und zugleich einen Nachhall sehen gegen die Juden wegen der revolutionären Tätigkeit des jüdischen Proletariats in Rußland.

Der russische Absolutismus sucht in der Erregung von Massen- und Religionshass ein Mittel, die allgemeine Unzufriedenheit abzulenken, und zugleich einen Vorwand, um eine Bevölkerung im Blute zu erstickern, die in ihrer Befreiung kämpft, ihn in seiner Spitze bedroht.

Wir denunzieren diese verwerfliche Politik allen Arbeitern, allen christlichen Menschen.

Schmerzlich bewegt bei dem Gedanken an die Opfer, die unter den Streichen der Agenten des Zarismus gefallen sind, tiefempört vor jenen schändlichen Vorfällen, richten wir an die zivilisierte Menschheit einen dringenden Appell, damit Wiederholungen dieser Gräueltat vermieden werden.

Wir äußern unsere erste Befürchtung. Neue Hinrichtungen bereiten sich vor. In Südrußland, in Polen, in Litauen, überall, wo eine dichte jüdische Bevölkerung vorhanden ist, da ist die Wiederkehr der Ereignisse von Kischinew zu befürchten.

Arbeiter, wenn die Regierungen nicht sprechen noch handeln wollen, dann spricht und handelt ihr! Wenn bei den Regierungen kein Mitleid, kein menschliches Gefühl mehr zu finden ist, dann laßt sie Euren Protest hören und bringt Eure Entrüstung zum Ausdruck!

Arbeiter! Euer Stillschweigen würde ein Verbrechen sein, denn nicht nur gegen eine Klasse oder Religion richtet der Zarismus seine Streiche, sondern vor allem gegen eine Klasse. Er erstrebt die Vernichtung des zielbewußten Proletariats!

Sprecht, handelt! Erhebt Eure Stimme gegen diese Verbrechen an der Menschheit!

Das international-sozialistische Bureau.  
B. Serwy, Sekretär.

### Lokales und Provinzielles.

Dreslau, den 27. Mai.

**Das neueste sozialdemokratische Flugblatt** das im Breslauer Landkreise verbreitet wurde, hat es der „Schlesischen Morgenzeitung“, dem Blatte, das immer noch für etwas Erweitertes im Wahlkampfe sorgt, sehr angetan. Sie kanzelt die Sozialdemokraten wie folgt herunter:

„Die erbärmlich vor sich selbst müssen sich die Verfasser und Herausgeber derselben vorfinden. Alles, was sie sonst vertreten gegenüber Kirche und Religion, Staat und Staatsautorität, Kapital und Privateigentum, lernten sie zwecks Stimmenerwerb ab. Wie innerlich morsch muß es in einer Partei aussehen, die mit ihrem Programm nicht mehr vor die Öffentlichkeit zu treten, sondern die sie sonst vertreten hat, nicht mehr zu verteidigen mag.“

Die Sozialdemokratie hat in dem Kampfe um den Sozialismus die gerechte Strafe für die Skandalgeheimnisse im Reichstage, nicht bloß empfangen, sondern eine moralische Niederlage erlitten, von der sie sich bis jetzt noch nicht erholen können. Ihre Zeitungen hatten sich durch Schimpfereien und Rebertreibungen um vorigen Herbst zu überheben, daß eine Streikbewegung nicht mehr möglich war; seitdem ist die natürliche Reaktion eingetreten, die sich in Verfahrtheit und Albernheiten kund tut. Wenn man nicht möchte, daß die Sozialdemokratie, nur um die ordnungsliebenden Wähler zu täuschen, Religiosität, Vaterlandsliebe, Bauern-

fremdblichkeit heuchelt, müßte man denken, sie wüßten überhaupt nicht mehr, was sie wollten. Aber jetzt vor den Wählern stehen sie die Krallen ein und freigeschnitten! In die Wahlzeit vorüber, wird das Schwefel wieder umgewandelt.“

Und nach dieser anerkennenswerten Leistung führt der unermüdete Sozialistenführer in der Redaktion der „Schles. Morgenzeitung“ keineswegs aus, sondern nun „widerlegt“ er noch das infame sozialdemokratische Flugblatt und zwar mit geradezu vernichtender Wirkung für die Ruten, die den Wählern im Landkreise vorzuführen wollten, sie seien nicht religiös-, vaterlands-, arbeiter- und kleinbauernfeindlich. Hier eine Probe dieser vernichtenden „Widerlegung“ unseres Flugblattes. „Das Flugblatt heuchelt auch Vaterlandsliebe und tritt für's Militärwesen ein (!)“, so stellt die „Schles. Morgenzeitung“ „fest“, „widerlegt“ diese sozialdemokratische Lüge dann in folgender glänzenden Weise:

„In einer der sozialdemokratischen Jugendschriften aber, die dazu bestimmt sind, das heranwachsende Geschlecht zur sozialdemokratischen Gesinnung zu erziehen, steht zu lesen: Im Jahre von 1870 sei furchtbar gelogen worden, das Gerücht von Vaterland sei Unsinn, die deutschen Soldaten 1870 seien Mörder gewesen.“

Nach einer solchen niedererschmetternden Enthüllung werden die Sozialdemokraten trotz aller ihrer Erbarmlichkeit und „innerlichen Morsheit“ natürlich nicht mehr wagen, zu behaupten, sie seien vaterlandsliebend.

**Wie der Freisinn und bekämpft.** Im gegenwärtigen Wahlkampfe beklagen sich besonders auch die Freisinnigen über die unwahre und rohe Art, in der die Sozialdemokratie den Kampf führe. Eine hübsche Probe von der Kampfesweise der Freisinnigen gegen die Sozialdemokratie bietet uns nun ein Flugblatt, das im benachbarten Kreise Ohlau-Kimpfisch-Strehlen für die Wahl des freisinnigen Kandidaten Rindler-Posen verbreitet wird. In diesem Flugblatt heißt es u. a. wörtlich:

„Die Sozialdemokraten reizen die Arbeiter auf gegen ihre Arbeitgeber. Sie verleiten die Arbeiter immer wieder zu unnützen Streiks, auch wo gar kein Grund dazu vorliegt, und schädigen dadurch die Arbeitgeber (Fabrikanten, Handwerksmeister, am meisten aber die Arbeiter selbst. Für die Sozialdemokraten sind alle Arbeitgeber: Fabrikanten, Handwerker und Kaufleute, alle selbständigen Gewerbetreibenden nur Ausbeuter der Arbeiter“ gegen die sie unausgesetzt hetzen. Das verbittert die Klassen untereinander und stiftet nur Schaden, während doch Arbeitgeber und Arbeiter in gutem Verhältnis zu einander stehen und gemeinsam Geld verdienen sollten. Je schlechter aber Arbeitgeber und Arbeiter zu einander stehen, um so lieber ist es der Sozialdemokratie, denn um so besser gedeiht dann ihre Agitation.“

Wenn die Sozialdemokratie das Best in die Hände bekäme, dann wäre es aus mit allem Privatbesitz, dann hätte kein Mensch mehr ein Eigentum. Die Sozialdemokraten wollen alles konfiszieren und alles dem Staat geben, so daß keinem mehr sein Besitztum geblü. Sie wollen dem Bauern seinen Hof, dem Grundbesitzer sein Haus, dem Handwerker seine Werkstatt und sein Handwerkzeug, den Sparern ihre Sparfassenbücher megnehmen und alles dem Staate schenken. Und dann wären alle Leute von der Willkür dieses Staates abhängig. Alle Freiheit hörte auf. Freie Berufswahl und Freigängigkeit gäbe es nicht mehr. Es würde von oben kommandiert werden, wie im Zuchthaus!“

Jeder Satz ist eine fauldicke Lüge! Können sich die im Schwindeln so garricht zimperlichen Herren Freisinnigen wundern, dürfen sie sich beklagen, wenn die Antwort der Sozialdemokraten auf solche Kampfesweise etwas kräftiger ausfällt, wie das die guten Nerven der Herren vertragen können?

### Unser Parteifest

am ersten Pfingstfeiertage soll dem Wahlfonds dienen. Deshalb wird jeder Genosse und jede Genossin sich redlich um den zahlreichsten Besuch dieses Festes zu bemühen haben. Für ein reichhaltiges Programm ist beifamullich gesorgt.

### Reaktionäre Hoffnungen.

Die vereinigten Reaktionären in Gölzig hoffen sehr stark auf den Sieg ihres „Kompromißkandidaten“. Der „Schlesischen Zeitung“ wird darüber geschrieben:

Gegenüber dem stark erschütterten Freisinn, der durch den Rücktritt des Stadtrates Lüders und die damit zusammenhängenden Differenzen in der Parteileitung einen schweren Stoß erlitten hat, scharten sich die Gegner der Sozialdemokratie immer fester um den national-liberalen Kompromißkandidaten Staatssekretär a. D. Freisch, der jetzt auch vom Bunde der Landwirte acceptiert ist. Angesichts der Verhältnisse und des starken Rückganges der freisinnigen Stimmzahlen auch im hiesigen Wahlkreise (von 16,409 auf 14,569 und 11,424 bei den drei letzten Wahlen) ist mit großer Sicherheit darauf zu rechnen, daß bei reger Beteiligung der national gesonnenen Wähler Herr Freisch mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl kommt und gewählt wird.“

Mit der „großen Sicherheit“ sieht es doch wohl etwas windig aus. Natürlich rechnen die Herren Reaktionären dabei auf die Mithilfe des Freisinns. Die Selbstverständlichkeit, mit der sie das tun, ist sehr schmeichelhaft für diesen „Freisinn“. Und sie werden sich jawohl auch nicht täuschen in der Annahme, daß der Gölziger Freisinn dem Brotverkäufer zum Siege verhelfen werde. Unsere Leute müssen also sorgen, daß sie im ersten Wahlgange siegen.

**Zentrum und Arbeiterschus.** Durch die Zentrumsdresse geht zur Zeit ein Artikel, der die wichtigsten „Maßnahmen“ aufzählt, die auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes in Deutschland in den letzten 20 Jahren getroffen wurden. Natürlich wird diese Aufzählung begleitet mit einigen der jactanz bekannten, plumpen Ausfälle gegen die „Alles oder Nichts“-Politik der Sozialdemokratie.

Der „Vorwärts“ hat schon darauf hingewiesen, daß in die solche Reihe der Arbeiterschutzes auch Verordnungen aufgenommen sind, die den Zweck haben, den gesetzlich festgelegten Arbeiterschus wieder aufzuheben. So führen die christlichen Organe zum Beispiel als Schutzbestimmungen auf: „Verordnung betreffend Ausnahme-Bestimmungen von dem Verbot der Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe“, ferner „Verordnung be-

treffend Verfahren bei Anträgen auf Beurlaubungen der Fabrikarbeiter“ usw.

Das nennt das Zentrum den Arbeiterschus. Natürlich wird nicht unterlassen, zu betonen, daß sich das Zentrum besonders um den Fortschritt in der sozialen Gesetzgebung bemüht habe. Angehts dieses sehr durchsichtigen Manövers dürfte es doch gut sein, eine von unserem Genossen Dr. Erdmann vor einigen Jahren in der „Neuen Zeit“ konstatierte Tatsache wieder in Erinnerung zu bringen. Erdmann erzählt:

Bei der Wahl zum Reichstag im Jahre 1877 äußerten die Arbeiter (in Baden) nochmals die Forderung, das Zentrum möge einen die Arbeiterinteressen berücksichtigenden Kandidaten aufstellen. In der Versammlung, worin die Arbeiter dieses Entschens stellten, führte der Abgeordnete Dingens, genannt der „Heilige Joseph“, den Vorsitz. Einen Redner, der die Lage und die Wünsche der Arbeiter darlegte, fertigte Dingens mit den Worten ab: „Ach was, soziale Fragen sind soziale Phrasen, die in den Köpfen der Arbeiter spuken!“

So dachte man im Zentrum noch im Jahre 1877. Inzwischen haben sich freilich die Verhältnisse etwas geändert. Die sozialdemokratische Bewegung gefährdete auch die sichersten Zentrumsadmanen und da hielt man es wohl für zweckmäßig, den Wünschen der Arbeiter etwas entgegen zu kommen und so zu tun, als ob man ernstlich an der Sozialreform mitarbeiten wolle. Aber die Arbeiter haben bald erkannt, daß die Versprechungen, die ihnen vom Zentrum gemacht wurden und werden, eben nichts sind als Phrasen und, daß wirklich durchgreifende Schutzmaßnahmen gewöhnlich deshalb verhinbert werden, weil das Zentrum auf die Interessen der Unternehmer mehr Rücksicht nimmt, als auf jene der Arbeiter. Das beweisen die Anträge des Herrn Dr. Pichler zum Phosphorzündwarengesetz im Reichstage und das Verhalten des Zentrums im bayerischen Landtage bei der Behandlung der Frage des Achtstundentages für die Bergleute. Und die wirklich bestehenden zum großen Teil auch nach dem Zeugnis der tatsächlichen Arbeiter äußerst mangelhaften und unzureichenden Schutzgesetze würden heute noch nicht vorhanden sein, hätte nicht die dem Zentrum so äußerst unangenehme sozialdemokratische Kritik die bürgerlichen Parteien und die Regierungen aufgepeitscht und sie daran erinnert, daß für sie auch soziale Pflichten bestehen. Diese Thatsachen sind auch durch die gewandteste christliche Spiegelfechtere nicht aus der Welt zu schaffen.

**Achtung, Maurer und Zimmerer!** Die Kollegen in Mainz sind seitens der Unternehmer ausgeperrt worden. Zugug nach Mainz ist daher streng fernzuhalten.

**Der Humboldt-Verein für Volkshilfungs veranstaltet** Montag, den 22. Juni, im Friedrichsberg ein großes Volksfest zum Besten des von ihm errichteten Volksheim's. Der Herr Oberpräsident hat in Anbetracht des gemeinnützigen Zweckes die Veranstaltung einer Lotterie bei dieser Gelegenheit genehmigt. Das reichhaltige Programm wird demnächst veröffentlicht. Billets à 30 Pf. werden an vielen Stellen der Stadt zu haben sein.

**Bäckerversammlung.** Am 26. d. Mts., Nachmittags, fand im Gewerkschaftshause eine Bäckerversammlung statt, die von etwa 100 Kollegen, meist organisiert, besucht war. Das Resultat der Versammlung, um das vorwegzunehmen, war eine ansehnliche Vermehrung des Mitgliedsbestandes. Die allgemeine Anerkennung der Tatsache, daß nur die sozialdemokratische Partei Deutschlands auch den Bäckern echtilich helfen wolle, um die Lage der Bäcker zu verbessern; für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten in Breslau-Ost und Breslau-West werden sich auch die Bäcker durch Beteiligung an den Wahlarbeiten mehr als bisher auszeichnen. Die Tagesordnung lautete: 1. Die bevorstehenden Reichstagswahlen und die Bäcker in der Reichstagswahl. 2. Besprechung über die uns gewährleisteten 3 freien Nächte. 3. Diskussion. 4. Verabschiedung. Als Referent über den ersten Punkt der Tagesordnung sprach, da Genosse Schlegel, der dazu bestimmt war, verhindert war, der zufällig in Breslau anwesende Arbeiterschutzes Dr. Winter, aus Dautzen OS, der sich seines Auftrages in einer Rede von etwa 1/2 Stunden entledigte. Er wies in der Einleitung auf die Umstände hin, die ihn vor die Breslauer Bäcker gebracht hatten und wies ihnen unter Hinweis auf die letzte Erklärung der General-Kommission der deutschen Gewerkschaften im Korrespondenzblatte diese Kommission und die sonstigen damit übereinstimmenden Erklärungen und Artikel in der Gewerkschaftspressen nach, daß nur unsere Partei, die Sozialdemokratie, diejenige sei, mit der die deutsche Arbeiterklasse, unter ihr auch die Bäcker, zu rechnen haben, wenn es sich darum handle, die Unternehmer und Meister. Die Bäckerei ist ja noch im wesentlichen ein Handwerkszweig, mit ihren Ansprüchen an den Fortbestand der jetzigen, vielfach als unhaltbar und für den Arbeiter schädlichen Zustände, zurückzumeistern und bessere Verhältnisse herbeizuführen, die natürlich in der allgemeinen Richtung der Arbeiterbewegung und des Arbeiterschutzes liegen, in der Erreichung höherer Löhne, kürzerer Arbeitszeit, Aufhebung der Sonntagsarbeit, Aufhebung des Logis- und Kostverhältnisses, guten Einrichtungen der Bäckereien usw. Ebenso wurde nachgewiesen, daß eine solche Besserung der Bäckerverhältnisse nur durch eine energische Unterstützung dieser, die sich mit ihr befassen, durch die Bäcker selbst möglich sei, die alles aus ihrem ureigensten persönlichen Interesse, dazu tun müssen, daß für den deutschen Reichstag Arbeiter und Gleichgestante gewählt werden, die der Aufgabe dienen, der Arbeiterklasse die Befreiung vom Joch der Kapitalisten, zu denen auch die Herren Bäckermeister und ganz besonders auch die in Breslau gehören, zu erringen. Wie schwer die gegenwärtige Lage der Bäcker in Deutschland sei, wurde insb. sondern an den Resultaten der von den Bäckern selbst in Berlin (1897) und in Breslau (1902) angestellten statistischen Untersuchungen festgelegt. Einzelheiten aus den Zusammenstellungen, die sich aus den beiden statistischen Untersuchungen in Breslau und Berlin ergeben haben, wollen wir Raummangels halber nicht erwähnen.

Nach dem Referat des Genossen Winter sprachen in der Diskussion die Kollegen Mache, Kasting, der hiesige Zahlstellenleiter, Cypion, letzterer über die vorgenannten 3 Freinächte, d. h. über die mit den Meistern getroffene Vereinbarung, daß die Bäcker wenigstens 3 Feiertage im Jahre haben sollen, am ersten Weihnacht, Oster- und Pfingstfeiertage, eine Vereinbarung, die leider von den Meistern nicht gehalten werde und Oster d. J. nur von einem Fünftel von ihnen erfüllt worden sei; es wurde beschlossen, durch den Stellenausschuss energisch dafür sorgen zu lassen, daß dies Freinachtentagen wieder gehalten wird, dieses Minimum einer Sonntagsruhe. Weiter wurde der Arbeitnachweis besprochen und die allerdings sehr verständliche Abneigung der Meister gegen den gemeinsamen Arbeitnachweis.

Holl. Kasting nahm in seiner Rede Abschied von den Breslauer Kollegen, da er vom 1. Juli ab in Düsseldorf als Baubeamten fungieren soll. Vor seinen Abschiedsworten erstattete Kasting noch seinen Bericht von der letzten in Dresden abgehaltenen Generalversammlung. Ferner wurden besprochen die Einzahlung der Arbeitslosenunterstützung seit dem 1. Januar d. J., das ein Zusammengehen und eine Verschmelzung der Bäcker- und Konditoren nahe bevorsteht, daß die 10 Bg. wöchentlich betragenden Beiträge mit 87,5 Prozent an die Kasse des Verbandsverbandes und nur mit 12,5 Prozent in der Ortskasse verbleiben sollen. Auf dem 2. Sommerkongress eine Schrift abzugeben. Juni stattfinden soll. Ferner wurde mitgeteilt, daß ... soll. Schuster aus ... hier in

